

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	289
		<b>TOP:</b>	12
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	28.07.2020		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>			
<b>Protokollführung:</b>	Frau Schmidt / de		
<b>Betreff:</b>	<b>Stuttgart-Vaihingen, "AufentHaltestelle Zukunft": Entwicklung der Flächen am Bahnhof Vaihingen, Beteiligungskonzept für 2020,</b> <b>- Bericht des Bezirksvorstehers z. Antrag des BB Vaihingen v. 14.07.2020</b> <b>- Vorschlag z. weiteren Vorgehen</b>		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung u. Technik v. 30.06.2020, öffentlich, Nr. 207  
Ergebnis: Vertagung

Ausschuss für Stadtentwicklung u. Technik v. 14.07.2020, öffentlich, Nr. 243  
Ergebnis: Kenntnisnahme

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokolle exemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Die Anträge Nr. 257/2020, 265/2020 und 278/2020 und die entsprechende Stellungnahme sind dem Originalprotokoll und dem Protokoll für die Hauptaktei beigefügt.

Über die Vorberatung im Bezirksbeirat Vaihingen am 14.07.2020 berichtet Hr. Heinze (stv. BV Vaihingen) gemäß der Präsentation. Anhand Folie 4 präzisiert er den Antrag des Bezirksbeirates, dem es wichtig sei, Leitplanken für den Prozess zu setzen. Die

Fläche und wichtige Entscheidungen sollten in einem sehr weiten Bereich den Vaihinger/-innen überlassen werden. Im einstimmig beschlossenen Antrag werde daher von Erholungs-, Freizeit- und Kulturf lächen gesprochen. Erholungsflächen im baurechtlichen Sinne sollten vorherrschend dem Sport, der Erholung und dem allgemeinen Aufenthalt dienen. Sie beinhalteten auch Grünanlagen; Freizeitaktivitäten sollten dort stattfinden können. Die Frei- und Kulturf lächen seien daher eher beschreibend zu werten (Freifläche im Sinne einer nicht zwangsläufig von einer Bebauung abhängigen Fläche zum Zwecke der Erholung, Kulturf läche im Sinne eines Ortes, an dem kulturelle Angebote ihren Raum haben können). Die mangelnden Flächen an ansprechender Außengastronomie im Bezirk könnten über einen Biergarten oder ähnliche Angebote ausgeglichen werden. Der Bezirksbeirat lehne generell Bebauung auf dieser Fläche ab, außer zu den bereits genannten Zwecken und des Mobilitäts-Hubs. Nicht gewünscht sei eine Ausweitung des SynergieParks.

BM Pätzold erklärt, es gehe um eine Beschränkung des Bürgerbeteiligungsverfahrens in der vom Bezirksbeirat vorgeschlagenen Hinsicht. Vor einigen Jahren sei mit dem Vorschlag einer Drittelung gestartet worden. Darin seien das untere Drittel für Mobilität und das mittlere Drittel zwischen den Unterführungen als Grünfläche/Park vorgesehen gewesen. Für das obere Drittel sei offengeblieben, dieses für Bebauung vorzusehen. Es habe Vorstöße für eine Schule gegeben. Nun müsse geklärt werden, ob der Ausschuss dem Beschluss des Bezirksbeirates folge oder die Bürgerbeteiligung weiter vollkommen offengehalten werde. Zur Logistikhalle verweist er auf die Stellungnahme zu den Anträgen Nr. 257/2020, 265/2020 und 278/2020. Derzeit gebe es noch keinen Abbruchantrag. Gegen den Wunsch des Bezirksbeirates einer erneuten Beratung über die Logistikhalle sei nichts einzuwenden. Die Halle sei derzeit aus baurechtlichen Gründen nicht nutzbar.

StRin Schiener (90/GRÜNE) weist darauf hin, dass von allen Seiten eine offene Beteiligung gewünscht worden sei. Darin könnten die Wünsche des Bezirksbeirates eingebracht werden. Wenn die Nutzung zum jetzigen Zeitpunkt konkretisiert werde, handle es sich nicht mehr um eine offene Beteiligung. Die mögliche Nutzung der Halle sei derzeit nicht klar. Sie befürchte, dass aufgrund des Hallenstreits eine "schlechte Note" hereinkomme.

Bedauern über den Zustand der Halle äußert StR Kotz (CDU). Er begrüßt den Vorschlag einer getrennten Beratung und Entscheidungsfindung nach der Sommerpause. Für die Gestaltung der Bürgerbeteiligung gebe es Für und Wider. Seine Fraktion benötige noch Beratungszeit für einen finalen Standpunkt.

Mit dem Begriff einer offenen Bürgerbeteiligung, so StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) müsse ehrlich umgegangen werden. Es müsse allen Beteiligten kommuniziert werden, welche Grundsätze gelten. In diesem Falle plädiere er dafür, den Vorschlag des Bezirksbeirates zu verfolgen, die Auslobung von vornherein mit Leitplanken zu versehen und somit keinen Konflikt mit den Bürger einzugehen.

Das Gutachten zur Logistikhalle habe sie, so StRin Kletzin (SPD), zum Nachdenken gebracht. Stets Gebäude zu erhalten, die nur schwerlich nutzbar gemacht werden könnten, sei nicht immer der richtige Weg. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass es andere Möglichkeiten gebe. Hinsichtlich der Bürgerbeteiligung könne sie sich der Linie von

StR Rockenbauch anschließen. Es sei besser, am Anfang zu kommunizieren, was möglich sei. Sie meldet ebenfalls weiteren Beratungsbedarf in der Fraktion an.

StR Serwani (FDP) unterstützt ebenfalls die Aussage von StR Rockenbauch. Für Vaihingen sei das Thema enorm wichtig; dem einstimmigen Beschluss des Bezirksbeirates müsse gefolgt werden.

StRin Köngeter (PULS) spricht sich auch für den Beschluss des Bezirksbeirates aus. Zudem möchte sie wissen, was getan werden müsse, um die Halle nutzbar zu machen.

Aus den Wortmeldungen entnimmt BM Pätzold die Tendenz, dem Bezirksbeirat zu folgen (Freiflächen, Mobilität, kulturelle Nutzung). Dies könne entsprechend festgehalten und kommuniziert werden. Die Logistikhalle werde erneut im Bezirksbeirat dargestellt und dann im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen (WA) beraten. Für eine temporäre Nutzung müsse viel Geld investiert werden. Hinzukomme die Beachtung des Baurechts. Er betont, im WA sei eine erste Information zum Sachstand sowie Beratung erfolgt.

Anhand Folie 7 erläutert Frau Frucht (ASW) das weitere Vorgehen. Aus dem beteiligungsorientierten Verfahren werde ein Rahmenplan erarbeitet, der in ein Bebauungsverfahren münde, ggf. mit Wettbewerben.

Mit der Bemerkung, Beteiligung und Bezirksbeirat entsprechend zu informieren, schließt BM Pätzold den Tagesordnungspunkt. Der WA werde sich nach der Sommerpause erneut mit der Thematik beschäftigen.

Zur Beurkundung

Schmidt / de

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)  
Amt für Umweltschutz  
Baurechtsamt (2)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister  
SSB  
VVS
  2. OB/82
  3. S/OB  
Strategische Planung  
S/OB-Mobil
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  5. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
  6. Referat T  
Hochbauamt (2)  
Tiefbauamt (2)  
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
  7. BezA Vaihingen
  8. Rechnungsprüfungsamt
  9. L/OB-K
  10. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS